



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/227 - 29.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Das Versagen des Bundesministers Lukaschek	S. 1
Nachrichten aus der Tschechoslowakei	S. 3
"75 Jahre Vorwärts"	S. 4
Der Vorfall in Lünen	S. 5

Lukaschek vor das Verfassungsgericht ?

hi. Als "eine vorbildlich inhaltlose Information" bezeichnete der Staatssekretär im Niedersächsischen Flüchtlingsministerium das Kommuniqué, das die drei Flüchtlingsnotländer nach der Besprechung über die Umsiedlung in Bückeberg abgaben. Er bat um Verständnis, daß die dem Debakel der Umsiedlung hilflos gegenüberstehenden Flüchtlingsverwaltungen der Abgabeländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern ihrer Meinung in vorsichtigen Worten Ausdruck gaben. Ein lautes Wort in dieser Frage könne den Riß, der bereits durch das Staatsgefüge der Bundesrepublik zwischen armen und recht wohlhabenden Ländern verläuft, zu einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Abgabe- und Aufnahmeländern ausweiten. Damit würden die Schwierigkeiten der Umsiedlung in's Maßlose gesteigert.

Aber es ist staatspolitisch nun nicht länger tragbar, daß dem Gehandel der Länder in Sachen Umsiedlung vom Bund nicht in energischer Weise begegnet wird. Die Zahlenbilanz der Umsiedlung ist schlechthin katastrophal: Der Bundestag beschloß Mitte Mai, daß aus den drei genannten Flüchtlingsländern bis zum 30. September 200000, bis zum 31. Dezember 1951 weitere 100000 Heimatvertriebene umgesiedelt werden sollen. Bis zum heutigen Tage sind - sage und schreibe - 11.500 davon in die Länder des Südwestens umgesetzt. Das sind ca. sechs Prozent des gesetzlichen Solls. Hinzu kommt, daß aus dem Umsiedlungsprogramm 1949/1950 noch 26000 Menschen, die bereits ausgesucht wurden, auf ihre Abberufung warten.

Das Bundesvertriebenen-Ministerium, das diesem Geschehen untätig zusieht, hat in seiner Verlegenheit eine Vokabel gefunden, die das Fiasko entschuldigen soll: Man siedle nicht nach quantitativen, sondern nach qualitativen Gesichtspunkten um. Das heißt, es käme nicht auf die Erfüllung der Zahlen an, sondern darauf, daß jeder umgesiedelte Flüchtling auch wirklich sofort in Arbeit und eine neue Wohnung kommen müsse. Dieses Argument ist trotz der neuen Formel zu alt, um bei den Heimat-

Vertriebenen oder in den Ländern, die seit Jahren an ihren notwendig-freiwillig übernommenen Soziallasten kranken, noch irgendeine Wirkung zu haben. Alle Untersuchungen, was letztlich an dem Scheitern der Aktion schuld sei: Die zu späte Verkündung des Gesetzes, die zu späte Orientierung der Aufnahmeländer über die verfügbaren Wohnbaumittel, die Weigerung der Aufnahmeländer, alten Wohnraum schärfer zu erfassen und für die Umsiedler bereitzustellen - alle diese Untersuchungen führen doch in der Sache nicht weiter. Es muß in der Bundesregierung eine Exekutivstelle geschaffen werden, die sich energisch über die Bequemlichkeit der Aufnahmeländer und über die verteilten Zuständigkeiten in der Bundesregierung hinwegsetzt. Der Vorschlag, eine Zentral-Instanz zu schaffen, die in allen Fragen der Umsiedlung zuständig ist und Weisungsbefugnisse hat, ist vielleicht ein geeignetes Mittel, den festgefahrenen Karren wieder flott zu machen. Entscheidend wird aber immer sein, welche Persönlichkeit in dieser Zentral-Instanz tätig ist. Da der Bundesvertriebenen-Minister sich in den beiden Jahren seiner Tätigkeit durch seine Weichheit unfähig dazu gezeigt hat, muß hier eine andere Wahl getroffen werden.

Um Dr. Lukaschek oder der zu schaffenden Zentral-Instanz zudem den vollen Ernst der Situation klar zu machen, sollte auch ernsthaft überlegt werden, ob man den Bundesflüchtlings-Minister oder die säumigen Aufnahmeländer nicht vor dem Verfassungsgericht verklagen sollte, ein Gesetz, das (sogar einstimmig) vom Parlament beschlossen worden ist, nicht eingehalten und durchgeführt zu haben. Die praktischen Folgen eines solchen Schrittes sind nicht abzusehen. Sie könnten zu einem Rücktritt des Bundesvertriebenen-Ministers führen; sie würden aber auf jeden Fall der Bundesregierung klar machen, daß weder die Heimatvertriebenen noch die Sozialdemokratie gewillt sind, auf die Durchführung eines der wichtigsten Sozialgesetze zu verzichten.

Man darf vielleicht noch einen Zeitpunkt abwarten, um damit der Bundesregierung eine letzte Chance zu geben: Am 9. Oktober beraten die Aufbauminister der Länder im Bundeswohnungsbau-Ministerium die Möglichkeiten, ob in der Anfrage der Umsiedlung, in dem Wohnungsbau für die umzusiedelnden Vertriebenen, irgendein Fortschritt erzielt werden kann. Sollte diese Konferenz kein befriedigendes Ergebnis bringen, muß, wenn die Umsiedlung nicht ganz abgeschlossen werden soll, ein entscheidender Schritt der Vertriebenen oder des Parlamentes unternommen werden.

+ + +

Nachrichten aus der Tschecho-Slowakei:

H.-Wien, Ende September

Zum Aufbau eines umfangreichen Hütten-Kombinates in der Slowakei wurden in Böhmen und Mähren Sonderschichten und verschiedene Arten der Aufbauhilfe für das slowakische Staatsprojekt angeordnet. Auch Sportler, Künstler, Schauspieler etc. müssen auf dem Gelände Propaganda-Sonderschichten ableisten. Die böhmischen Gebiete sollen in Form von Arbeitsbrigaden mit Technikern und sonstigen Facharbeitern helfen. Das Projekt wird unter der Bezeichnung "HUKO" (Hutni kombinat-Hüttenkombinat) propagiert und seine Fertigstellung ist im Plan mit 20 Monaten veranschlagt. Allein an Bodenbewegungen sollen mehr als 1,5 Mio. Kubikmeter Erde vorgeschoben sein.

x

Seit der "Säuberung" der tschechischen Geistlichkeit von ihren vatikantreuen Vertretern benützt die kommunistische Regierung den katholischen Klerus in zunehmendem Maße zur Propagierung ihrer Thesen. So wurde der sogenannten Bischofskonferenz aufgetragen, die "Friedenskomitees" auch im kirchlichen Bereich zu errichten. Es gibt also Dekanats- und Diözesan-Friedenskomitees. Um die bevorstehenden Feierlichkeiten für St. Wenzel - den Schutzheiligen von Böhmen - am 28. September nicht völlig ins kirchliche Fahrwasser abrutschen zu lassen, hat die Regierung für diesen Tag die Abhaltung einer Friedenskonferenz der katholischen Geistlichkeit in Prag befohlen, in der sich die Priester öffentlich verpflichten sollen, die Bestrebungen der kommunistischen "Friedenskämpfer" zu unterstützen.

x

Eine Neuerung im Zeichen der Erfüllung des Über-Plan-Solls meldet die tschechische Presse: In Bela in Westböhmen wurden erstmalig staatliche Wanderkinos auf Feldern eingesetzt, auf denen auch nachts geerntet werden mußte. Während des Dreschens wurden kurze Pausen eingelegt und die tschechischen Kolchosa-Frauen durften einen staatlichen Kurzfilm sehen, in dem ihnen noch schnelleres Ernten gezeigt wurde ...

+ + +

" 75 Jahre Vorwärts "

(sp) Zum ersten Oktober ist eine 56 Seiten starke Jubiläums-Ausgabe des "Neuen Vorwärts" - "75 Jahre Vorwärts" - erschienen. Angelehnt an den aktuellen Teil bietet sich ein Bild von großer Vielfalt im Thematischen wie im Äußeren.

Wer jenseits von Theorie und trockener Belehrung die Geschichte der Sozialdemokratie verfolgen und begreifen, die Männer kennenlernen will, die sie schufen und auf ihrem Wege "vorwärts" trieben, findet in dieser Fest-Ausgabe eine einzigartige Möglichkeit dazu. Viele photographische Wiedergaben alter Ausgaben des "Vorwärts" in seiner so verschiedenen äußeren Gestalt und auch anderer führender sozialdemokratischer Organe, Aufnahmen von maßgebenden Männern der Partei aus vielen Jahrzehnten, vor allem, soweit sie maßgebende Publizisten waren, geben dem Ganzen ein ungemein frisches und abwechslungsreiches Aussehen. An der Geschichte des "Vorwärts" wird die Geschichte der sozialdemokratischen Partei lebendig, tritt sie so plastisch, eben durch die ständige Berührung mit den Menschen und weniger mit dem Dogma, in das heutige Bewußtsein, wie das wohl durch kein Geschichtswerk geschehen könnte.

Die Veteranen der Partei werden sich mit Stolz und Freude, oft sicher auch in sehr ernstem Gedanken, der vergangenen Zeit erinnern. Vor allem aber wünscht man diese Ausgabe in die Hände der Jüngeren und Jungen, denen eine lange, bittere Zeit den Einblick in das Werden der deutschen Sozialdemokratie verwehrt hat, und die hier unendlich viel von den Kämpfen und Zielen, dem Ursprung und dem Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung lernen können.

Ein dornenvoller, freilich auch von vielen erhebenden Stationen gekennzeichneter Weg wird sichtbar, der in diesen 75 Jahren zurückgelegt werden mußte. Noch ist er nicht zu Ende gegangen, wenn auch vieles von dem, wofür der "Vorwärts" gekämpft hat, inzwischen erreicht worden ist. Das Nachfolgeorgan, ein "Neues Vorwärts", erscheint heute noch als Wochenzeitung. Daß er bald zum täglichen Erscheinen übergehen kann, ist aus diesem festlichen Anlaß der herzliche Wunsch seiner Freunde.

L ü n e n

(sp) Ein Landtags-Abgeordneter von Nordrhein-Westfalen, ein Abgeordneter des Stadtparlamentes in Lünen und einige weitere Mitglieder der SPD sind zur FDP übergetreten. Selbst in Kreisen, die der Sozialdemokratie im allgemeinen recht unfreundlich gegenüberstehen, ist der Vorgang recht zurückhaltend aufgenommen worden, mit Ausnahme der Partei, die diese fragwürdige Neuerwerbung gemacht hat.

Die Argumentation der Übergetretenen ist, natürlich, politisch, ja hochpolitisch. In Wahrheit handelt es sich um Auswirkungen persönlicher Rivalitäten und Anfeindungen auf kommunaler Ebene, bei denen auch materielle Erwägungen und Versprechungen eine wesentliche Rolle gespielt haben. Das merkte man auch daran, daß die aus der SPD Ausgetretenen sofort nach ihrem Entschluß in einem weiten Bezirk große Mengen von Flugblättern verteilen konnten, in denen sie versuchten, ihren Schritt zu erklären. Das war etwas unvorsichtig.

x x x

V o r d a t i e r t

(sp) Im "Rheinischen Merkur" vom 28. September findet sich im Leitartikel des treuesten Barden Dr. Adenauers der Satz:

"Den stärksten Gewinn aber zieht Moskau aus der großen Illusion all' derer, die glauben, man könne die sowjetischen Panzer mit gesamtdeutschen Stimmzetteln aus einem Europa hinauswählen, das seit 1917 kaum über die Weichsel und seit 1945 nicht mehr über die Elbe hinausreicht. In dieser Situation läuft jede Unterstützung des absurden SPD-Antrages, einer sofort zu bildenden Nationalversammlung die verfassunggebende, gesetzgebende, regierungsbildende und kontrollierende Gewalt für ganz Deutschland auszuhändigen, auf einen Kopfsprung in ein wasserloses Bassin hinaus".

Zunächst einmal wird sich die deutsche Bevölkerung der Sowjetzone darüber wundern, daß sie nicht mehr zu Europa gerechnet wird. Das ist ihr bisher noch von keiner Seite so deutlich bescheinigt worden. Im übrigen ist wohl eher der Artikelschreiber in ein wasserloses Bassin gesprungen, denn schon als die Zeitung mit dem Datum des 28.9., zwei Tage vorher, der Öffentlichkeit vorlag, hatte der gesamte Bundestag, mit Ausnahme der Kommunisten, jenem "absurden Antrag der SPD" - zugestimmt.

Verantwortlich: Peter Raunau